

EXTRA: Inklusion: Eine Bestandsaufnahme



Im Land der Blaukartierten: Die Klasse 1a probt für eine Aufführung. In dieser Klasse lernen 16 Kinder der Regelschule, zwei geistig behinderte Kinder und vier Kinder einer Förderschule zusammen. Bild: Büttner

Wir sind alle anders

Inklusion von behinderten Kindern ist längst gesetzlich vorgeschrieben, die Umsetzung allerdings ist nicht einfach: Ein Blick in den Rems-Murr-Kreis

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
PIA ECKSTEIN

Remshalden.
Seit 2009 schreibt die UN-Behinder-tenrechtskonvention vor: Kinder mit Behinderungen müssen genau die gleichen Chancen haben, wie alle anderen Kinder auch. Das heißt: Sie müssen auch in Regelkindergärten und Schulen aufgenommen werden. Ein Weg, der zurzeit noch nicht einfach ist. Im Kreis werden erste Versuche gestartet.

Dominik ist ein sehr guter Schüler: Er bringt nur Einsen nach Hause. Lernen macht ihm Spaß. Obwohl nein, Dominik lernt eigentlich gar nicht wirklich. Vor einer Arbeit liest er sich mal nebenbei, ohne dass es seine Mama mitbekommt, das Heft oder sein Schulbuch durch. Das war's. Das reicht ihm für die Eins. Dominik wechselt jetzt in die fünfte Klasse. Er wird auf die Realschule in Plüderhausen gehen. Mit seinen Noten gehört Dominik aufs Gymnasium, doch seine Eltern bangen: „Das Soziale fehlt halt“. Dominik ist Autist.

Keiner wird diesem freundlichen Kind mit dem Riesenfäule für Dinos die seelische Behinderung sofort anmerken. „Das war aber jahrelange harte Arbeit“, sagt seine Mama Katja Seichter-Liccardo. Dominik hat als Baby nur geweint, kaum geschlafen, seine Mama wollte ihn mit Baby massage verwöhnen, der Kleine brüllte. Sie ging mit ihm ins Pekip, zum Kinderturnen, der Kleine brüllte. Kein Kinderarzt wusste Abhilfe, die Kinderpsychologin scheiterte. Erst als Dominik in den Kindergarten sollte, klärte sich das Problem. Die Erzieherin sagte rundheraus: Nein, den nehmen wir nicht. Mit dem Kind stimmt was nicht. Gehen Sie mal ins Sozialpädiatrische Zentrum. Dort erhielt Katja Seichter-Liccardo endlich eine Diagnose: Autismus.

Das Leben wurde für Katja Seichter-Liccardo mit dieser Diagnose nicht leichter, aber endlich liefen Hilfen an. Sie schickte

ihren Sohn in eine sonderpädagogische Einrichtung: den Fröbelschulkindergarten in Schorndorf. „Das war so schön“, sagt sie. Dominik ging es dort gut, er wurde gefördert. In den ersten Grundschuljahren in der Winnender Bodenwaldschule, die eine Klasse für Autisten eingerichtet hatte, „mauserte“ sich Dominik, lernte Sozialverhalten, lernte, Menschen zu ertragen.

Katja Seichter-Liccardo musste sich in dieser Zeit nicht um Integrationshilfen kümmern, weil Dominik schon in Sonder-einrichtungen betreut war. Andere Eltern mit behinderten Kindern, die nicht diesen Weg gehen wollen, sondern ihre behinderten Kinder in Regleinrichtungen, möglichst am Wohnort geben wollen, haben es da oft schwerer.

Wenn es ideal lief, müssten sich Eltern behinderter Kinder um gar nichts mehr kümmern: „Eine Kita“, sagt Rudolf Vogt, sollte problemlos auf Geld und Hilfe zurückgreifen können. Doch behinderte Kinder seien in Regelkindergärten eben noch immer „das Besondere“ und nicht „das Normale“. Das Gleiche gilt für Schulen. Dort sogar noch viel mehr.

Die Behindertenrechtskonvention hat „viel ausgelöst“

Rudolf Vogt resümiert: Jahrzehnte hat der Grunbacher beim Landesjugendamts Stuttgart die Aufsicht über alle Arten von Kindertagesstätten, seien es Horte, seien Kindergärten mit verschiedensten Öffnungszeiten, geführt. Drei Jahre lang war er bei der Entwicklung der neuen Art der Förderung, die behinderten Kindern nun zukommen soll, mit dabei: Seit dem Jahr 2009, mit Inkrafttreten der UN-Behinderertenrechtskonvention, haben Menschen mit Behinderungen gleich welcher Art das Recht auf Bildung und Chancengleichheit, und das in einem inklusiven Bildungssystem. Ab 2013 sei die Kleinkindbetreuung einklagbar – auch für behinderte Kinder. Die UN-Behinderertenrechtskonvention habe „viel ausgelöst“, sagt Vogt. Schulen allerdings sind noch ganz am Anfang. Die rechtlichen Grundlagen zur Inklusion in Schulen werden gerade erst gelegt, das Gesetz soll 2013

in Kraft treten, noch keiner in den Schulen weiß, was darin stehen wird. Das allerdings bezeichnet Vogt als „jammerschade“, vor allem, wenn im Kindergarten alles klappe und der Weg dann nicht weiterführe.

Erste Versuche in Richtung Inklusion allerdings laufen bereits, doch nicht mit allen Konsequenzen. Im Kreis gibt es mehrere sogenannte Außenklassen von Förderschulen in Regelschulen. Die Kinder, die, nach vielen Gesprächen mit Eltern, Pädagogen, Ärzten und Leuten vom Amt, an solchen sogenannten erweiterten sonderpädagogischen Bildungsangeboten teilnehmen, sind jedoch nicht Schüler der Regelschule, unter deren Dach sie unterrichtet werden, sondern der Sonderschule. Die Sonderschulklassen haben ihren eigenen Unterricht, manchmal gehen die Kinder auch in einzelnen Fächern in die Klassen der Regelschule. Es gibt verschiedene Modelle.

In Grunbach gibt es zurzeit eine Klasse, in der das Konzept schon recht weit geht. In der 1a werden 16 Kinder der Regelschule, vier Kinder der Vollmehrschule Endersbach, einer Förderschule, und zwei Kinder der Fröbelschule Schorndorf, einer Schule für geistig Behinderte, zusammen unterrichtet.

Die Kinder üben gerade für eine Aufführung. Es geht um den kleinen „Irgendwie anders“, der mit den anderen spielen will. Die aber sagen: Tut uns leid, wir spielen nicht mit dir, du gehörst nicht zu uns, du bist irgendwie anders. Sie singen das Lied „Im Land der Blaukartierten“, in dem die Rotgefleckten weggeschickt werden. Im Land der Rotgefleckten sind die Grüngestreifen nicht erwünscht, doch im Land der Buntgemischten, da ist ein Gelbtopfherz herzlich willkommen. Denn er frischt das bunte Leben sonnig auf. „Die Blaugestreifen“, sagt ein Kind, „die sind doch auch alle anders!“. „Genau“, meint die Lehrerin, „das haben die nur noch nicht verstanden“.

Die Expertengruppe im Kultusministerium zur Förderung behinderter Kinder, bei der auch Rudolf Vogt mitarbeitete, fragt zurzeit: Wie ist der Stand bei der Inklusion, was kann optimiert werden? Das Ziel: Behinderte Kinder sollen in Regelschulen gehen können, unterstützt von Sonderschulen, die zu Kompetenzzentren werden.

Inklusion, sagt Vogt, ist nicht nur ein neues Wort für die alte Integration. Bei einer gelungenen Inklusion passe sich die Schule dem Kind an, bei der Integration musste sich das Kind der Schule anpassen. Das Ziel der Inklusion ist, dass das Kind an der Gruppe teilhat und nur zusätzliche Hilfe bekommt, wo es erforderlich ist.

Diesbezüglich wird immer wieder ein Vorwurf laut: Inklusion sei nur eine große Sparmaßnahme. Die teuren sonderpädagogischen Einrichtungen würden über kurz oder lang wegrationalisiert und die behinderten Kinder dann in den Regleinrichtungen eingeparkt. Tatsächlich gebe es, sagt Vogt, Bestrebungen vom Land, Schulen und

Kindergärten für behinderte Kinder aufzulösen und das Geld, das bislang in diese Einrichtungen floss, den Kreisen zur Verfügung zu stellen. Doch es sei sehr schwer, diesen Schritt zu gehen. Zum einen hingen große Träger daran, die dies nicht widerstandslos geschehen ließen. Und zum anderen gebe es eben Kinder, die Sonderbedingungen bräuchten. Inklusion, sagt Vogt, ist nicht bei jedem Kind die richtige Maßnahme. Schwerst- und mehrfach behinderte Kinder seien in sonderpädagogischen Einrichtungen, die auch die notwendige Pflege leisten können, sehr viel besser aufgehoben.

Wird das Kind von den Anforderungen profitieren?

Da stimmt er mit allen, die schon in Sachen Inklusion aktiv sind, überein. „Pflege“, sagt Hilde Polach, die Konrektorin der Grunbacher Grundschule, „können wir nicht leisten“. Bei jedem Kind mit Handicap, das in die Grunbacher Kooperationsklasse geht, wurde genau geschaut: Ist das das Richtige? Steht das Kind die Anforderungen durch? Wird es von diesen Anforderungen profitieren? Wäre es nicht mit den Angeboten, die die sonderpädagogischen Einrichtungen bieten und die in Grunbach eben nicht auf dem Stundenplan stehen, besser bedient?

Auch Dominiks Mutter sagt: „Es kommt auf das Kind an“. Sie ist heilfroh, dass ihr Sohn zuerst sonderpädagogisch betreut wurde. Er bekam regelrechtes Sozialtraining, mit ihm wurde beispielsweise Einkaufen geübt. Heute hält ihr Sohn den Anforderungen stand: Seine kleine Autistenklasse in der Bodenwaldschule konnte so nicht weitergeführt werden und zog nach Oppelsbohm unter Dach der dortigen Grund- und Werkrealschule um. Die autistischen Kinder bekamen dort ihren besonderen Unterricht, konnten aber auch am Fachunterricht der Regelschule teilnehmen. Für den schlauen Dominik ein Glücksfall. Und die perfekte Übung für den Wechsel an die Realschule, der jetzt ansteht.

Aber, sagt Katja Seichter-Liccardo, Dominik sei völlig erledigt, wenn er mittags heimkomme. Er gehe in sein Zimmer und wolle eigentlich von niemandem mehr etwas wissen. Andere Klassenkameraden von Dominik verkraften den Trubel an der Regelschule kaum, werden nicht in eine weiterführende Regelschule wechseln können. Und auch Dominik hat immer ein Hinter-türchen offen: Wenn's nicht klappt in Plüderhausen, darf er stets zurückkommen in seine Außenklasse.

Tatsächlich ist Inklusion, wenn sie richtig gemacht wird, sehr teuer und für alle Beteiligten ausgesprochen aufwendig. Dominik wird, obwohl er intellektuell seinen künftigen Mitschülern in nichts nachsteht, eine Integrationshilfe brauchen, die zwischen ihm und den anderen vermittelt. Er braucht

auch einen speziellen Fahrdienst in die Schule, denn in einen vollen Schulbus, in dem sich übermütige Kinder drängeln und schubsen, kann der Junge nicht einsteigen.

In der Grunbacher Klasse sind stets zwei, zeitweise drei Lehrerinnen und eine Integrationshilfe zugange. Unterrichtet werden die Kinder nach ihren jeweiligen Lehrplänen. Das heißt, die Lehrerinnen müssen ganz andere Methoden anwenden, als sie sonst üblich sind. Frontalunterricht ist quasi unmöglich. Alles läuft über Wochenpläne: Während die Regelschulkinder sich beispielsweise die Zahlen im 20er Raum errechnen, üben die anderen Mathe mit Hilfe von Dosenwürfen. Die Lehrerinnen sind überzeugt von ihrem Tun: Sie sagen, es laufe sehr gut. Aber, ist ihre Einschränkung, nur wenn die Bedingungen so gut sind, wie sie eben hier in Grunbach sind. Wenn ausreichend Raum zur Verfügung steht, wenn genug Personal für die Kinder da sein kann.

Die große Schwierigkeit ist, sagt Rudolf Vogt, dass die Zuständigkeiten nicht eindeutig geklärt sind und damit auch nicht immer klar ist, wer zahlt. Außerdem müssen bei der Inklusion viele zahlen – die Gefahr, dass die Kosten hin und her geschoben werden, liegt auf der Hand. Eingliederungshilfen zahlen die Kreise, Zusatzkosten tragen die Gemeinden. Lehrer werden vom Land bezahlt. Alle müssen an einem Strang ziehen, wenn Klassen, die bei der Inklusion noch über die Grunbacher hinausgehen sollen, zum Alltag gehören sollen.

„Die rechtliche Situation ist gut“, sagt Vogt, aber das Recht werde nicht konsequent umgesetzt. Inklusion bedeute eigentlich, sagt Vogt, dass Kitas oder Schulen von vornherein so ausgestattet sein sollten, dass sie ein behindertes Kind direkt und ohne Eingliederungshilfe aufnehmen können. Doch leider seien die behinderten Kinder noch immer „das Besondere“ und nicht „das Normale“.

Dominik ist quasi ein Pionier. Zum ersten Mal in seinem Leben bezeichnet er zwei Kinder in seiner jetzigen Außenklasse als „Freunde“. Wenn er in seiner neuen Klasse irgendwann auch sagt, dass er „Freunde“ gefunden hat, wenn die Kinder dort ihn auch als „Freund“ bezeichnen, dann wird diese Inklusion voll gelungen sein.



Die Familie ist Dominiks Halt: Dominik (ganz rechts) mit seinem Bruder Robin, seiner kleinen Schwester Amy und seiner Mama Katja Seichter-Liccardo. Bild: Büttner

Förderung behinderter Kinder

- Zurzeit werden in Baden-Württemberg Kinder mit Behinderungen in einem **komplexen System** mit vielen Zuständigkeiten und Finanzierungswegen gefördert.
- Deshalb durchlaufen Eltern, bis sie die nötigen Hilfen bekommen, oft einen wahren **Antrags- und Atteste-Marathon**.
- Die Herausforderung besteht nun, sagt Rudolf Vogt, in einer **funktionierenden Koordination und Kooperation** dieser Stellen.
- Vogt lobt den **Rems-Murr-Kreis**, in dem an sogenannten „Runden Tischen“,

- an denen Ärzte, Frühförderstellen, Schulen und das Landratsamt sitzen und die Fördermaßnahmen besprechen.
- Im Kreis liegt auch der **Satz**, mit dem Kinder gefördert werden, weit über dem anderer Landkreise.
- **Ziel** der gesetzlich geregelten Inklusion muss sein, sagt Vogt, dass jeder Kindergarten, jede Schule **automatisch** so ausgestattet werden kann, dass für alle Kinder die Teilhabe am Geschehen möglich ist. Eltern sollten dann den Antragsmarathon nicht mehr absolvieren müssen.



Inklusionskenner Rudolf Vogt. Bild: Schneider